ödp
Bündnis für Familien

# ÖDP Bayern - Landesparteitag in Regensburg 5. Mai 2012
# Rede des Landesvorsitzenden Klaus Mrasek

Liebe Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie ganz herzlich zu unserem Landesparteitag hier im Regensburger Kolpinghaus begrüßen. Fast auf den Tag genau ein Jahr ist der neu gewählte Landesvorstand jetzt im Amt. Wie sieht unsere Bilanz aus?

## Zwischenbilanz seit dem LPT Ansbach vom 07.05.2011:

Noch vom vorherigen LaVo beschlossen war die Aktion sofortige Stilllegung AKW Isar I – Drohung mit Landtagsauflösung gemäß Art. 18/III BV. Diese Forderung haben wir unmittelbar nach dem GAU Fukushima auf einer Pressekonferenz in München erhoben. Die FAZ hat uns damals als wirksamste Oppositionspartei Bayerns gelobt. Obwohl Isar I in dem ursprünglichen Katalog des Bundesumweltministers nicht enthalten war, hat unsere Ankündigung ausgereicht, dass Isar I ebenfalls stillgelegt worden ist.

Als Ergänzung der Petition Ausstieg aus dem Euratomvertrag des Bundesverbandes haben wir eine Petition Atomausstieg in das GG ausgearbeitet und bei der Bundestagsverwaltung eingereicht. Wir wollen den Atomausstieg verbindlich im GG festgeschrieben wissen und damit verhindern, dass es erneut zu einem Ausstieg aus dem Ausstieg kommen kann. Die Behandlung unserer Petition steht noch aus. In dem Zusammenhang noch eine aktuelle Information aus der SZ vom 02.05.2012: Trotz des beschlossenen Atomausstiegs gibt die Bundesrepublik jährlich 110 Mio. € zur Förderung der Atomkraft aus. Dieser Wahnsinn muss umgehend beendet werden.

Auch das Thema Studiengebühren beschäftigt uns ja bereits seit einer geraumen Zeit. Kilian Becker hat im Auftrag des Landesvorstandes dazu eine Popularklage ausgearbeitet. Darin sind etliche Beispiele für eine Zweckentfremdung der Studiengebühren aufgelistet, der gravierendste Fall hat sich an der Uni Passau ereignet. Dort wurden 700.000.- € aus dem Bibliothekshaushalt abgezogen, um damit eine Tiefgarage zu sanieren. Die fehlenden Mittel wurden mit Studiengebühren aufgefüllt. Das hat natürlich mit dem Gesetzeszweck Verbesserung der Studienbedingungen überhaupt nichts zu tun. Wir gehen davon aus, dass unsere Beispiele nur die Spitze des Eisberges darstellen. Ein weiteres Problem stellen die unverbrauchten Restmittel dar. Bei einem jährlichen Gebührenvolumen von ca. 150 Millionen € waren zum 31.12.2009 Restmittel von 106 Millionen € vorhanden, für uns der Beweis, dass die Höhe der Studiengebühren völlig willkürlich gewählt worden ist.
Wir haben uns übrigens bewusst gegen ein VB zu diesem Thema entschieden, weil wir die Kampagne für nicht VB-tauglich halten und aufgrund des „Finanztabus“ gemäß Art. 73 BV außerdem für unzulässig.
Wir haben unsere Popularklage am 17. Oktober in Nürnberg vorgestellt, das Medieninteresse war bemerkenswert. Eine Entscheidung des Verfassungsgerichts steht noch aus.

Die Diskussion um die Atommüllendlagerung ist neu aufgeflammt. Auch mögliche Standorte in der Oberpfalz und in Niederbayern wurden dabei genannt. Wir haben ein

Positionspapier zur Debatte Lagerung von hochradioaktivem Atommüll formuliert und auf unserer Homepage eingestellt. Unsere Forderung nach Hochsicherheitszwischenlagern wurde im Rahmen von Pressekonferenzen in Weiden und Passau am 24. Oktober vorgestellt, auch hier war das Presseecho sehr erfreulich. Noch erfreulicher ist die Tatsache, dass zwischenzeitlich an den bestehenden Zwischenlagern Baumaßnahmen angelaufen sind, um deren Sicherheit zu erhöhen.

Der Landesvorstand hat in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Augsburg und dem Bezirksverband Schwaben einen Bürgerantrag zu den AKWs Gundremmingen erarbeitet. Darin wird die unzureichende Katastrophenvorsorge im Fall atomarer Störfälle thematisiert. Dieser Bürgerantrag wurde am 08. März im Rahmen einer Pressekonferenz in Augsburg vorgestellt, zwischenzeitlich läuft die Sammlung der Unterschriften. Diese Aktion werden wir auf andere bedrohte Gebiete wie Mittelfranken, München und Oberbayern ausweiten. Nach Auskunft von Christian Pettinger, dem Kreisvorsitzenden von Augsburg-Stadt, ist der gewünschte Effekt eingetreten. Das Thema GAU im AKW Gundremmingen und Auswirkungen auf die Stadt Augsburg wird in der Presse diskutiert, der zuständige Referent der Stadt musste bereits zugeben, dass die Evakuierung von Augsburg nicht möglich ist. Die Unterschriftensammlung läuft aktuell in Augsburg mit dem Ziel, dieses Thema zu einem TOP im Augsburger Stadtrat zu machen.

Wir dürfen unsere Erfolgsliste um einen neuen Punkt erweitern. Herr Söder übernimmt die ÖDP-Forderung zur Neugestaltung des Aufsichtsgremiums der BayernLB. Aufgrund diverser Anlässe in der Vergangenheit hatte die ÖDP gefordert, das Ministergesetz so zu ändern, dass Mitglieder der Staatsregierung während ihrer Amtszeit nicht einem Aufsichtsrat, einem Vorstand oder ähnlichem Organ einer privaten Erwerbsgesellschaft angehören dürfen. Dieses Verbot war auch für eine fünfjährige Karenzzeit nach dem Ausscheiden aus dem Regierungsamt vorgesehen. Ich hatte eine Petition dieses Inhalts anlässlich des Wechsels von Herrn Fahrenschon aus dem Finanzministerium zur Dachorganisation der Sparkassen am 01. Dezember beim Bayerischen Landtag eingereicht. In der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses am 26. Januar wurde unser Vorschlag von CSU, SPD und FW als angeblich verfassungswidrig und daher unzulässig abgelehnt. Die ÖDP war immer der Auffassung, dass Mitglieder der Staatsregierung bei einer verantwortlichen Amtsführung keine Freiräume haben, um Nebentätigkeiten in privaten Erwerbsgesellschaften auszuüben. Offensichtlich hat Herr Söder erkannt, dass die BayernLB mit einer Laientruppe als Aufsichtsgremium in keinem Fall den Standards guter Unternehmensführung genügt! Jetzt soll dieses Gremium vollständig entpolitisiert werden. Das ist ein Erfolg unserer Arbeit. Wir bleiben bei unserer Forderung: Was für die BayernLB eingeführt werden soll, muss zur allgemeinen Regel für Kabinettsmitglieder werden.

Frau Ursula Esau und Herr Paul Fiegert, stellvertretend für die Tierschützer in unserer Partei, haben uns aufmerksam gemacht, dass die Zahl der Tierversuche seit dem Jahr 2000 ständig ansteigt, nachdem sie in den 1990er Jahren noch kontinuierlich gesunken war. Allein in Bayern wurden im Jahr 2010 mehr als 330.000 Versuchstiere "verbraucht". Es ist deswegen ein umso größerer Skandal, dass an Alternativen zum Tierversuch kaum geforscht wird. Auf europäischer Ebene herrscht dagegen bereits Konsens über die klare Unterstützung zur Einrichtung von Forschungslehrstühlen für Alternativmethoden. Es fehlt hier laut Frau Prof. Foth (SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen) nur an der konsequenten nationalen Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten. An der Universität Konstanz in Baden-Württemberg gibt es für diese Forschung wenigstens einen Lehrstuhl, in Bayern dagegen keinen einzigen. Wir haben daher eine Petition für einen Lehrstuhl zur Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen gestartet, mit deren Hilfe dem bayerischen

Landtag Gelegenheit zu geben wird, diesem Missstand abzuhelfen. Die Petition ist auf Papier und online zu zeichnen.
Ich möchte dazu bemerken, dass diese Forderung im landespolitischen Programm der ÖDP als Grund Nr. 100 aufgeführt ist. Bei uns stehen Programmsätze nicht einfach so im Text; wir arbeiten mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln kontinuierlich an der Umsetzung unserer Beschlüsse. Ich bin gespannt, welche Debatten diese Petition im Landtag auslösen wird.

Auch die Bildungspolitik ist Thema unseres LPT. Mit unserer Petition „die praktische Schulreform – eine zweite Kraft in jeder Grundschulklasse“ haben wir einen konkreten Vorschlag zur qualitativen Verbesserung unserer Bildungslandschaft vorgelegt. Zum Abschluss der Unterschriftensammlung wurde unser Vorschlag bei einer Pressekonferenz am 26. April in Nürnberg der Öffentlichkeit vorgestellt und am letzten Samstag bei einem Studientag mit Referenten verschiedener Bildungseinrichtungen diskutiert. Die Erfahrungen mit einer zweiten Kraft in einer Schulklasse, unabhängig von Schultyp und Jahrgangsstufe, wurden von allen Beteiligten als überaus positiv geschildert. Es zeichnet die ÖDP aus, dass wir uns nicht an der ideologisch aufgeladenen Theoriedebatte über das Schulsystem beteiligen, sondern einen konkreten Vorschlag zur Verbesserung der Schulqualität vorlegen. Ich danke ganz besonders Bernhard Suttner für seine Tätigkeit zur Verbreitung dieses Vorschlags und meinem Vorstandsmitglied Ulrich Hoffmann, der sich um die Organisation des Studientages zu diesem Thema gekümmert hat.

**Die ÖDP und ihre Konkurrenz – zur politischen Situation in Bayern:**

Beginnen wir mit der selbsternannten Spitzenkraft der bayerischen Politik – mit der CSU. Eine Leistungsbilanz zwischen CSU und ÖDP ist angezeigt. Die ÖDP ist jetzt 30 Jahre im politischen Geschäft. Ein Rückblick zeigt, dass wir niemals, nicht ein einem einzigen wichtigen Punkt, unsere Position als falsch und irrtümlich einschätzen mussten. Wie schaut es denn da bei der CSU aus?
In den letzten 30 Jahren

- wollte die CSU den gesamten Müll in den Ofen schmeißen – Müllvermeidung und Müllverwertung seien Unsinn und nicht möglich
- hieß es von der CSU, dass kommunale Bürgerbegehren und Entscheide die Demokratie gefährden und niemand mehr Gemeinderat oder gar Bürgermeister werden wolle
- behauptete die CSU, dass ohne genmanipulierte Pflanzen die Landwirtschaft in Bayern keine Zukunft habe
- hat die CSU mit aller Macht für die Atomindustrie gekämpft. Sonnenenergie sei gut für Parkuhren und Berghütten, für alles andere sei die Atomenergie lebensnotwendig für das Industrieland Bayern
- hat die CSU die Windkraft systematisch behindert und über die regionalen Planungsverbände konsequent verhindert.
- hat die CSU den Klimawandel ins Märchenreich verbannt

und so weiter und so fort. Wie gesagt, wir sind in allen unseren Positionen bestätigt worden. Unsere Aufgabe ist es, den Leuten zu erklären, dass sich die selbsternannte Spitzenpartei CSU in allen wesentlichen Punkten geirrt hat, während wir in diesen und vielen anderen Punkten bereits vor einer Generation richtig gelegen sind.

Durch diese Fehler der CSU wurde leider wichtige Zeit vertan; wie sähe Bayern heute aus, wenn rechtzeitig - also schon seit 30 Jahren - eine ökologische Energiepolitik, eine ökologische Verkehrspolitik und eine ökologische Landwirtschaftspolitik betrieben worden wäre?

Darum ist es an der Zeit, die CSU von der Last der Verantwortung zu erlösen und sie bei der Landtagswahl dort hinzuschicken, wo sie hingehört – in die Opposition.

Eine Bemerkung zum Schuldenabbau in Bayern, den Seehofer und Söder vollmundig verkündet haben. Um nicht falsch verstanden zu werden – das Ziel, die Entschuldung Bayerns – halte ich für absolut erstrebenswert. Wie schauen die Rahmenbedingungen aus? Das Haushaltsvolumen 2012 für den Freistaat beläuft sich auf 44 Mrd. Euro, der Schuldenstand liegt bei 33 Mrd. Euro, davon 10 Mrd. Euro allein für das Landesbank-Debakel, jährlich fallen Zinszahlungen in Höhe von 1 Mrd. Euro an. Wer allerdings wie Seehofer und Söder Sondertilgungen von 1 Mrd. Euro jährlich ohne konkrete Vorgaben in den Raum stellt, ist im höchsten Maße unglaubwürdig. Unglaubwürdig deshalb, weil die CSU diesen Schuldenberg in Bayern angehäuft hat. Wer Geld in unsinnige Betonprojekte wie die 3. Startbahn in München, den Donauausbau oder in die im Vergleich zum Ausbau der B 12 viel teurere A 94 durch das Isental stecken will, wer jedes Flugticket in Hof mit 400.- Euro subventioniert, dem fehlt jegliche Qualifikation zur Haushaltssanierung.

Eine Nebenbemerkung zur Autobahn durch das Isental: Es ist schon eine ganz besondere Provokation gewesen, dass ausgerechnet der Umweltminister vor kurzem in einem feierlichen Akt den ersten Spatenstich zur Zerstörung dieses wunderschönen Stücks Heimat setzte. Der Umweltminister verspottet auf diese Weise nicht nur die Menschen, die für ihre Heimat jahrzehntelang gekämpft haben. Er verspottet auch den Auftrag, den ein Umweltminister hat: Bewahrung der Schöpfung, Erhalt der natürlichen Lebensräume und der Artenvielfalt, Schonung der Böden, der Atmosphäre, des Trinkwassers. Es ist eine Schande, wie Marcel Huber mit seinem Amt umgeht!

Zum Appendix der CSU – zur FDP. Je kleiner die Zustimmung zur FDP in den Umfragen, desto größer der Ärger über ihre Politik. Die ÖDP fordert seit vielen Jahren die Finanztransaktionssteuer FTS. Ein paar Zahlen aus der EU-Kommission zu dem Thema FTS, Bezugsjahr 2010: Bei einem Steuersatz von 0,01 Prozent würde nach einer Berechnung des WIFO-Instituts allein in Europa ein Einnahmevolumen von 140 Mrd. Dollar anfallen, auf Deutschland würden davon 13 Mrd. Dollar entfallen. Das liegt daran, dass die Finanzwirtschaft mittlerweile ein Ausmaß angenommen hat, das die Realwirtschaft um das 70-Fache übersteigt. Auch eine Umgehung der FTS wäre bei einer Einführung in Europa nicht möglich. Mit einer FTS würden die Verursacher des Schlamassels, die Zocker an den Finanzmärkten, erstmals an den Kosten beteiligt. Aber zu früh gefreut, der Appendix der Union, die FDP blockiert. Da zeigt sich die soziale Kompetenz der so genannten „christlich-liberalen“ Koalition. Wenn sie Babynahrung kaufen oder Schulsachen für Kinder oder neue Bekleidung – immer wird ganz automatisch die Umsatzsteuer bzw. Mehrwertsteuer fällig. Nur die Finanzdeals mit Milliardengewinnen für Kapitalanleger, die sind umsatzsteuerfrei. Eine schreiende Ungerechtigkeit, die zum Himmel stinkt.
Rösler und Zeil unternehmen den Versuch, das Jahrhundertprojekt Energiewende zu sabotieren. Besonders perfide sind die permanenten Angriffe auf das EEG und die Photovoltaik. Rösler und Zeil gebärden sich als „Sozialpolitiker“ und beklagen die Kostenexplosion beim Strom durch die EEG-Umlage. Dabei sorgen sie dafür, dass der Strompreis für Otto Normalverbraucher durch ständig neue Umlagen steigt. Sagt Ihnen der Begriff „Sonderkundenumlage“ etwas? Seit dem Jahreswechsel können sich Großkonzerne mit einem extrem hohen Stromverbrauch von den Netzentgelten „befreien“ lassen. Und eine „Befreiung“ ist ja etwas schönes, wer kann schon gegen eine Befreiung sein? Allerdings ist es eine besondere FDP-Befreiung – sozusagen mit Nebenwirkungen. Die Kosten für die Stromnetze fallen natürlich trotzdem an. Wie schaut die Lösung von schwarz-gelb aus? Otto Normalverbraucher bezahlt mit der Sonderkundenumlage

zukünftig die Netzentgelte für die Großkonzerne. Gleiches gilt für die EEG-Umlage. Auch diese ist gestaffelt – zugunsten der Großverbraucher. Es ist immer wieder das gleiche Prinzip – aus vielen kleinen Geldbeuteln wird eingesammelt und der Geldstrom in wenige große Geldbeutel – sprich Konzernkassen – umgeleitet. Den selbsternannten „Sozialpolitikern“ Rösler und Zeil geht es in keiner Weise um die „kleinen“ Leute – Ziel ist der Angriff auf das EEG – dem Gesetz, das entscheidend zum Ausbau der EE beigetragen hat.

Die Aiwanger-Truppe hat personelle Verstärkung erhalten. Hubert Aiwanger und Olaf Henkel sind das neue (Alp-)Traumpaar der bayerischen Politik. Da kann man sich nur verwundert die Augen reiben. Der Herr Aiwanger betet seine bekannten Programmersatz-Schlagworte herunter: „Stärkung von Mittelstand und bäuerlicher Landwirtschaft, Wertschöpfung bei der Energiewende für Bürger und Kommunen.“ und gibt im nächsten Satz die Zusammenarbeit mit dem Cheflobbyisten der deutsche Industrie bekannt. Also zur Klarstellung: Der Herr Henkel ist immer ein Mann der großen Konzerne gewesen – sonst wäre er nicht Präsident des BDI geworden. Das Interesse der großen Konzerne ist nicht die Förderung des Mittelstandes. Die Industrielobby hat es unter der Leitung von Herrn Henkel immer geschafft, Steuern und Abgaben bei den Personengesellschaften des Mittelstandes zu konzentrieren und die Körperschaftssteuer, also die Einkommensteuer der großen Konzerne, in schöner Eintracht mit Kohl, Schröder und Merkel allmählich Schritt für Schritt zur Bagatellsteuer verkommen zu lassen!
Das Interesse der großen Konzerne – insbesondere jenes der von Herrn Henkel beaufsichtigten Bayer AG – ist auch nicht Erhalt und Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft, sondern deren Abschaffung. Die Gentechnik ist ein Kind der Chemieindustrie. Die Pharmakonzerne profitieren von der Massentierhaltung, die alleine in Deutschland mehrere hundert Tonnen Antibiotika zum Wohle dieser Industrie, zum Wohle multiresistenter Keime und zum Schaden von uns allen benötigt! Und noch ein anderer von Herrn Henkel stets bedienter Zweig der Industrie, nämlich die Lebensmittelindustrie, hat als Preisdrücker wesentlichen Anteil am Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft und am Bauernsterben.
Auch für die „Wertschöpfung für Bürger und Kommunen“ bei der Neuordnung der Energiewirtschaft im Lande sind die Konzerne wahrlich die richtigen Berater! Herr Henkel wird in Sachen Mittelstand, Landwirtschaft und Energie mit seiner langjährigen Erfahrung als Industriepräsident ganz bestimmt tolle Tipps für die Aiwanger-Truppe bereithalten.
Wann hat jemand den Mut, wie das Kind im Märchen die Wahrheit zu sagen: Aiwanger ist zwar nicht wie jener Märchenkaiser nackt, aber sein Aufzug ist jämmerlich zusammengeflickt, absurd unlogisch, absolut widersprüchlich und für jeden einigermaßen redlich denkenden Demokraten eine Zumutung!
Das Gespann Aiwanger-Henkel ist lediglich auf einem wilden Ego-Trip, ohne jede Problemlösungskompetenz, ohne Interesse an den kleinen Leuten hier im Land und erst recht ohne Sorge um die Armen in der Welt, ohne Bereitschaft, das Hauptübel unserer Zeit – die irre Ideologie vom materiellen Dauerwachstum endlich aufzugeben. Kein Mensch braucht eine weitere Wachstumspartei.
Was wir brauchen ist eine politische Vertretung der Wachstumskritik. Und wir brauchen eine kreative Kraft, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet, ohne die Zerstörung der Lebensgrundlagen zu riskieren. Zusammengefasst: Wir brauchen endlich die ÖDP im bayerischen Landtag.

Und wenn man glaubt, es geht nicht mehr schlimmer, kommt von irgendwo ein Pirat daher. Ganz schlimm wird es dann, wenn sich Piraten zu einer Partei zusammenschließen. Aber ist das überhaupt eine Partei, steht der mediale Wirbel um die Piratenpartei in irgendeinem Zusammenhang mit ihrem Programm oder ihrer Problemlösungskompetenz? Da wird ein rasanter Mitgliederzuwachs verkündet, um im

nächsten Satz bekannt zu geben, dass die Hälfte der Mitglieder keinen Beitrag zahlt. Kostenlos und nur dem Spaßprinzip verpflichtet solange man gerade nichts anderes vorhat, soll so die Zukunft der Parteien aussehen? Und wie erfolgt denn jetzt die Entscheidungsfindung in der neu proklamierten Liquid Democracy? Die demokratische Entscheidungsfindung lebt von der Transparenz. Ich stehe mit meinem guten Namen für meine politische Überzeugung ein gemäß der Aussage von Martin Luther „Hier stehe ich und kann nicht anders!“ Und die Piraten? Sie fordern nicht nur die Anonymität im Internet, sie lassen diese auch bei ihren Debatten zu. Ich halte Nicknames und Pseudonyme für einen dramatischen Rückschritt in unserer demokratischen Kultur, insbesondere wenn sich die Personen dahinter in Shitstorms austoben. Bisher habe ich die Piraten ja gerne auch als Seeräuber bezeichnet – jetzt ist mir ein JÖ-Flyer in die Hände gefallen mit dem Begriff „Freibeuter“. Freibeuter bringt es auf den Punkt, Freibeuter simulieren ja Piraten nur, tatsächlich aber sind sie im „Auftrag ihrer Majestät“ unterwegs mit offiziellem Kaperbrief. In wessen Auftrag könnten die Freibeuterparteien Europas denn unterwegs sein? Wer profitiert von ihrer Forderung nach einem rechtsfreien Raum Internet? Es sind die Geld- und Machtmaschinen unserer Zeit, die multinationalen Konzerne der Internetindustrie – Google, Facebook, Apple, Microsoft und wie sie alle heißen. Das sind keine Organisationen zur Beglückung der Menschheit, sondern Konzerne, die sich beim Geldverdienen an keinerlei rechtliche Regeln halten wollen. Zu Recht haben wir uns Privatsphäre und Datenschutz im privaten und öffentlichen Bereich erkämpft. Wir wollen klare rechtliche Regeln und Schutz des geistigen Eigentums – auch im Internet. Und dazu braucht es staatliche Regulierung wie im Bereich des Banken- und Finanzwesens. Um auch noch die letzte Illusion in Sachen Freibeuter zu nehmen, anbei ein Auszug aus dem von der Deutschen Umwelthilfe herausgegebenen Magazin ZEO, Ausgabe 02-2012, zur ökologischen Kompetenz: „… Und auch bei anderen Landesverbänden ist das ökologische Angebot äußerst dünn. In Hamburg rangiert das Thema Umwelt an letzter Stelle. In Rheinland-Pfalz war die Abschaffung des Tanzverbots an Feiertagen wichtiger, ebenso der Kampf gegen das Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen. Das Öko-Thema rutscht den Piraten bei ihrem sonst so wortreichen Netz schnell durch die Maschen. Das Wort Klimawandel scheint aus einem anderen Sprachkreis zu stammen und taucht so gut wie gar nicht auf. Auch mit Naturschutz und biologischer Vielfalt kann man in der digitalen Welt wenig anfangen….“

**Nichtraucherschutz und ein wild gewordener Journalist:**

Am 4. Juli jährt sich unser erfolgreicher Volksentscheid für einen konsequenten Nichtraucherschutz zum zweiten Mal. Unser Gesetz ist die erfolgreichste Präventionsmaßnahme im Bereich der Gesundheitspolitik in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die DAK hat kürzlich in einer Pressemeldung mitgeteilt, dass sich die einschlägigen Erkrankungen bereits signifikant verringert haben. Wie kommt ein wild gewordener Journalist dazu, unseren Bundesvorsitzenden Sebastian Frankenberger wegen des Nichtraucherschutzes als „wild gewordenen Jungfaschisten“ zu verunglimpfen, zu verleumden und ihm damit die Ehre abzuschneiden? Und nicht nur unser Bundesvorsitzender ist betroffen, dieser Vorwurf trifft alle unsere Bündnispartner und vor allem die 2.150.582 bayerischen Bürgerinnen und Bürger, die beim Volksentscheid mit Ja für unseren Gesetzentwurf gestimmt haben. Die Unterzeichnung der strafbewehrten Unterlassungserklärung dieses wild gewordenen Journalisten kann nur ein erster Schritt sein. Sebastian, Du stehst nicht allein, Du kannst Dich auf unsere Solidarität verlassen. Der jetzt in Bayern gültige Nichtraucherschutz gleicht alle Interessen in zumutbarer Weise aus und stellt damit für uns die Lösung dar, die langfristig beizubehalten ist.

**Erziehungsgehalt EZG versus Betreuungsgeld oder eine beispiellose Diffamierungskampagne:**

In den letzten Wochen sind wir alle Zeuge einer beispiellosen Diffamierungskampagne geworden. Über keine andere Gruppe in der Gesellschaft wurde mehr Häme ausgegossen als über Eltern, die sich selbst um die Betreuung ihrer Kleinkinder kümmern. Das Unwort „Herdprämie“ für das Betreuungsgeld war dabei noch eine der gemäßigten Beleidigungen. Maßlos in ihrer Diffamierungs- Rhetorik zeigten sich die Vertreter von rot-grün. Nach deren Aussagen handelt es sich bei o. g. Eltern um Angehörige der bildungsfernen Unterschicht, die das Betreuungsgeld für Alkohol, Zigaretten und Flachbildschirme ausgeben und ihre Kinder vor eben diesen Flachbildschirmen durch Konsum der klassischen Unterschichtenprogramme der Privatsender der Verwahrlosung überlassen. Können Sie sich vorstellen, dass über eine andere Gesellschaftsgruppe in einer solchen Art hergezogen wird? Völlig zu Recht würde ein Sturm der Entrüstung über sie hereinbrechen. Bei den Familien nicht, bei den Familien darf man das, ohne sich rechtfertigen zu müssen. Die rot-grüne Dialektik steigt bei diesem Thema in ganz neue Höhen auf. Die Betreuung der eigenen Kinder ist pfui, die berufliche Tätigkeit als Betreuer fremder Kinder dagegen ist hui. Offensichtlich zählt für rot-grün der Mensch erst in der Form des sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmers. Und dann der Gipfel in der Argumentation. Das Betreuungsgeld wird von rot-grün abgelehnt – besonders empören sich die gleichen Personen, weil das abgelehnte Betreuungsgeld nicht an Hartz IV Empfänger gezahlt werden soll. Das kann ja wohl nicht wahr sein? Wer hat denn das Hartz IV System eingeführt? Rot-grün! Und jetzt kritisiert man die Funktionsweise von Hartz IV? Hartz IV finanziert ausschließlich das Existenzminimum, jede zusätzliche finanzielle Leistung wird sofort angerechnet und der Hartz IV Satz entsprechend gekürzt. Meine Damen und Herren von rot-grün, das ist ihr System, ihr habt´s erfunden.
Die ganze Debatte muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Erziehungsleistung muss endlich finanziell anerkannt werden und zwar nicht durch ein Almosen wie das Betreuungsgeld, sondern durch unser Konzept des sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehalts. Freie Wahl des Lebensstils setzt nämlich voraus, dass der finanzielle Druck durch die einseitige Förderung der Fremdbetreuung unterlassen wird. Das EZG ist auch keine ungerechtfertigte Bevorzugung von Eltern, im Gegenteil, es ist der finanzielle Ausgleich für die Leistung der Eltern an die nachwachsende Generation im Rahmen des Generationenvertrages. Übrigens, auch Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag sind keine staatlichen Leistungen an die Familien, sondern gewährleisten nur, dass die verfassungswidrige Besteuerung des Existenzminimums von Kindern ausgeglichen wird. Die bayerische ÖDP fordert deshalb ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt von 1.000 EUR bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres. Auch zur Finanzierung haben wir einen konkreten Vorschlag unterbreitet. Die jährlich 12 Milliarden aus dem Soli sollen nicht mehr in Asphalt und Beton investiert werden, sondern in ein ‚Sondervermögen Betreuung, Bildung und Pflege‘. Davon könnte der Einstieg in das Familiengehalt, in die praktische Schulreform mit pädagogischen Zweitkräften und in menschenwürdige Altenpflege bezahlt werden. Es ist für uns völlig inakzeptabel, wenn sich zukünftig nur noch Reiche die Eigenbetreuung ihrer Kinder leisten können. Noch ein Verdacht drängt sich auf. Die Qualität der Fremdbetreuung von Kleinkindern wird nicht diskutiert, keine Debatte über den erforderlichen Betreuungsschlüssel. Wichtig ist offensichtlich etwas anderes: Männer und Frauen in die Produktion, die Kleinkinder sollen am besten dem Staat anvertraut werden. Darum beteiligen sich die Arbeitgeberverbände auch massiv an der Propaganda für die staatlich geförderte Fremdbetreuung. Vielleicht sollten alle Eltern dadurch Druck für ein Erziehungsgehalt aufbauen, in dem sie alle ihre Kinder in die Fremdbetreuung geben. Dann würde das System sofort zusammenbrechen und die Politik gezwungen sein, die Betreuungsleistung von Eltern endlich finanziell anzuerkennen.

**Verkehrsprognose Bayern 2025:**

Jeder von uns wird vor Ort mit den verschiedensten Verkehrsinfrastrukturprojekten konfrontiert. Das beginnt bei der eher bescheidenen Ortsumgehung bis hin zu Projekten, die bundesweite Aufmerksamkeit erregen wie die dritte Startbahn in München, der geplante Donauausbau, die Isentalautobahn, der Ausbau der A8 zwischen Rosenheim und Piding, der Brenner-Basis-Tunnel, die ICE-Neubaustrecken oder die 2. Stammstrecke für die Münchner S-Bahn. Für alle diese Projekte gibt es einen Masterplan und ich bin Bernhard Suttner dankbar, dass er diesen Masterplan in den Mittelpunkt seiner Rede zum diesjährigen politischen Aschermittwoch gestellt hat. Es geht um die Verkehrsprognose Bayern 2025. Die einzelnen Zahlen will ich jetzt nicht vorwegnehmen, sondern nur zwei Punkte herausstellen. Nach dem Gutachten erfahren sämtliche Verkehre bis 2025 erhebliche Steigerungen bis hin zu einer Verdoppelung für den Luftverkehr. Skandalös und schönfärberisch ist die prognostizierte Stagnation der Emissionen. Sie alle wissen, dass wir eine drastische Reduzierung der verkehrsbedingten $CO^2$-Emissionen brauchen, wenn die Klimakatastrophe verhindert werden soll. Verantwortliche Politik darf sich nicht auf eine passive Rolle reduzieren, Politik muss bewerten und steuern. Die drohende Verkehrskatastrophe muss verhindert werden.

Und das leistet die ÖDP bereits heute. Ich bin unseren Münchner Parteifreunden dankbar, dass sie sich für das Bürgerbegehren zur Verhinderung der 3. Startbahn eingesetzt und gemeinsam mit den Bündnispartnern die für einen Bürgerentscheid erforderlichen Unterschriften gesammelt haben. Mein Appell an die Münchner Bevölkerung: Bitte nehmen Sie ihr Abstimmungsrecht zum Bürgerentscheid am 17. Juni verantwortlich wahr und stimmen Sie gegen den Bau der 3. Startbahn im Erdinger Moos. Mein Dank gilt an dieser Stelle auch unseren Parteifreunden in den direkt betroffenen Anliegerkreisverbänden Erding und Freising für ihr jahrelanges Engagement gegen dieses lebensfeindliche Projekt und allen unseren Mitgliedern, die vor Ort dagegen protestiert haben.

Wenn wir die Verkehrskatastrophe verhindern wollen, brauchen wir ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsnetz. Wie bei der 3. Startbahn besteht auch in diesem Bereich die Gefahr, dass Fehlinvestitionen genau dieses Verkehrsnetz für Bayern verhindern. Das Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Seehofer und Ude über die Finanzierung der 2. S-Bahnstammstrecke in München lenkt vom eigentlichen Problem ab. Unabhängig davon, wer letztlich welchen Beitrag zur Finanzierung der Tunnellösung leisten muss, ist völlig klar, dass sämtliche Fördergelder in dieses Projekt fließen werden und für die übrige Infrastruktur in Bayern nur Peanuts übrig bleiben werden. Dringend erforderliche Projekte wie der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke München – Mühldorf würden auf St. Nimmerlein verschoben. Und nochmals geht mein Dank an die Münchner Parteifreunde. Sie haben konkrete Vorschläge erarbeitet, wie die Leistungsfähigkeit des SPNV in München ohne den 2. S-Bahn-Tunnel gesteigert werden kann. Diese Vorschläge finden Sie auf der Internetseite des Bezirksverbandes.

**Landesplanung und Landesentwicklung – die Erhaltung unserer bayerischen Heimat:**

Der Wachstumswahnsinn feiert auch im Bereich des Landschaftsverbrauchs, der Zersiedelung und der Bodenversiegelung fröhliche Urständ. Aber Staatsregierung und CSU reagieren – wie üblich mit Ersatzhandlungen. Da wird ein freiwilliges Bündnis zum Flächensparen gegründet, es gibt tolle Veranstaltungen und noch tollere Tagungsbände mit wunderschönen Photos und im Alltag machen alle so weiter wie bisher. Zu den Fakten: Trotz aller Sonntagsreden ist der tägliche Flächenverbrauch für Gewerbe-, Siedlungs- und

Verkehrszwecke in den letzten Jahren von 15 auf 20 Hektar nach oben geschnellt, insbesondere in den bayerischen Boomregionen. Wir fordern auch in diesem Bereich eine Abkehr von einer Politik des grenzenlosen Wachstums und unterstützen Initiativen wie den Münchner Grünflächenaufruf der Umweltverbände unter dem Motto „Grünflächen sind keine Baulandreserven“.
Und noch ein Projekt muss in diesem Zusammenhang angesprochen werden. Die erneute Bewerbung um die Austragung der olympischen Winterspiele 2022 oder 2026 in München und Oberbayern. Wie schon bei der letzten Bewerbung wird sich die Bevölkerung die Zerstörung ihrer Heimat durch Asphalt und Beton und die finanzielle Ausplünderung für die Profite einiger weniger nicht gefallen lassen. Die bayerische ÖDP wird sie bei ihrem Kampf nach Kräften unterstützen. Danke an Helmut Kauer, der uns durch seinen Hinweis die sofortige Reaktion auf diese Wahnsinnspläne ermöglicht hat.

**Volksbegehren zur Direktwahl des Ministerpräsidenten:**

Wir legen Ihnen heute den Antrag zum Start des Volksbegehrens „Direktwahl des Ministerpräsidenten“ vor und bitten Sie um Zustimmung zu diesem Antrag und Bestätigung des Beschlusses des Landeshauptausschusses vom 22. Oktober. Ohne die Begründung vorweg zunehmen unsere Argumente für dieses direktdemokratische Vorhaben:

- die Direktwahl des Ministerpräsidenten entspricht unserer Programmlage
- die Bürger wollen mehr direkte Entscheidungen treffen, auch bei der Besetzung der Spitzenämter. Umfragen für eine Direktwahl ergeben regelmäßig eine Zustimmung von ca. 80 Prozent
- die Direktwahl stärkt sowohl das Amt des Ministerpräsidenten als auch den Landtag als Volksvertretung

Seit dieser Woche liegt der Gesetzentwurf für eine Verfassungsänderung vor. Ich darf mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Herrn Prof. Hans Herbert von Arnim und Prof. Frank Decker für die Ausarbeitung bedanken. Übrigens, sowohl Prof. Decker als auch Prof. von Arnim haben ehrenamtlich für uns gearbeitet und auf ein Honorar verzichtet. Die ÖDP hat sich immer für den Ausbau der direktdemokratischen Entscheidungsmöglichkeiten eingesetzt. Die Direktwahl des Ministerpräsidenten setzt diese Linie fort.

**ÖDP-Erfolge müssen in die Öffentlichkeit:**

Mir ist völlig klar, dass wir ÖDPler bescheidene Menschen sind. Und weil wir so bescheiden sind – manchmal bis an die Schmerzgrenze – reden wir selbst am wenigsten und als letzte über unsere Erfolge. Klappern gehört aber zum Handwerk, gerade auch in der Politik. Wir haben ja auch allen Grund zum Klappern. Wir können als erfolgreichste Oppositionspartei in Bayern auf tatsächliche Erfolge verweisen. Und weil das so wichtig ist, zähle ich diese Erfolge auch in unserem Kreis auf:

- 5 AKW-Standorte gestrichen – das war der Einstieg in den Atomausstieg und die Energiewende
- Büchergeld gekippt
- Gen-Maisfelder verhindert – Bayern ist gentechnikfrei
- Geheimpolitik in kommunalen GmbHs abgeschafft
- Senat abgeschafft – am 08. Februar 1998 fand der erfolgreiche VE statt
- Landtag und Regierung auf die notwendige Größe zurecht gestutzt
- Bundesweit wirksamstes Gesetz zur Gesundheitsvorsorge durchgesetzt – konsequenter Nichtraucherschutz
- erfolgreich Drohkulisse Landtagsauflösung Art. 18/III BV gegen Wiederinbetriebnahme von Isar I aufgebaut

- vor Ort in vielen Gemeinde-, Kreis- und Stadträten im Kampf gegen Betonfetischismus, Unvernunft und CSU-Filz erfolgreich (jeder Mandatsträger hat bestimmt eigene Beispiele)
- jüngster Erfolg unserer Kampagne Politiker/Minister raus aus Aufsichtsräten ist die Entpolitisierung des Verwaltungsrats der BayernLB als erster Schritt

Unsere Erfolge müssen wir gerade in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Diskussion mit den Bürgern parat haben und ständig wiederholen. Wiederholen bis uns die eigenen Erfolgsmeldungen aus den Ohren heraus wachsen. Erst dann kann man davon ausgehen, dass die allgemeine Wahrnehmungsschwelle in der Öffentlichkeit überwunden ist.

**Dank an unsere Aktiven:**

Ich bedanke mich beim Bundesvorstand und den Landesverbänden unserer Partei. Sie haben die Landtags- und Bezirkstagswahl 2013 in Bayern zum gemeinsamen Schlüsselprojekt erklärt und uns ihre Unterstützung versichert. Das freut uns natürlich, auch wenn wir in Bezug auf den Diridari noch nicht zufrieden sein können.

Ich bedanke mich bei meinen Mitstreitern im Landesvorstand für ihre Mitarbeit und Unterstützung. Was ich Ihnen heute präsentiert habe, ist das Ergebnis einer Teamleistung, ehrenamtlich erbracht und ohne Vergütung. Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass wir daher nicht allen Wünschen und Anliegen, die an uns herangetragen werden, gerecht werden können.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir sind eine Partei, die von der Arbeit unserer ehrenamtlichen Aktiven lebt. Wir leisten unsere Arbeit für das Gemeinwohl neben unserem Beruf, den Verpflichtungen für unsere Familien und Freunde in unserer knappen Freizeit. Dafür darf ich Ihnen persönlich und im Namen des gesamten Landesvorstandes ausdrücklich danken. Wir danken Ihnen für Ihr ÖDP-Engagment, für das Sie Zeit, Energie und Geld einsetzen. Ohne Ihre Arbeit gäbe es die wirksamste Oppositionspartei Bayerns nicht. Darauf dürfen wir mit Fug und Recht stolz sein.

Ich wünsche uns allen einen erfolgreichen und motivierenden Parteitag mit guten Beschlüssen für unsere weitere Arbeit. Noch ein Gedanke für die Diskussionen. Wir haben als Mitglieder der ÖDP alle ein gemeinsames Ziel. Das sollte uns auch bei den internen Diskussionen immer bewusst bleiben. Die Konfrontation müssen wir mit dem politischen Gegner führen – für eine zukunftsfähige ökologisch-soziale Politik.

Noch ein Wort an die bayerischen Bürger:
In den Städten, Gemeinden und Landkreisen werden unsere Mandatsträger und unsere Arbeit anerkannt und in den Wahlen bestätigt. Mein Appell für die Landtagswahl:
Schenken Sie uns Ihr Vertrauen, wählen Sie uns in den bayerischen Landtag. Eine ÖDP-Landtagsfraktion wäre eine Bereichung für die bayerische Politik.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Stand: 05.05.2012

F.d.R.
Klaus Mrasek
ÖDP-Landesvorsitzender